



# Beschlussbuch des Stadtparteitages der SPD Halle am 8. Oktober 2011

Halle (Saale),  
10.10.2011

ADRESSE  
SPD Halle (Saale)  
Adolf-Reichwein-Haus  
Große Märkerstraße 6  
06108 Halle (Saale)

KONTAKT  
TEL 0345 2029439  
FAX 0345 4789498  
rg.sued@spd.de

VORSITZENDE  
Katja Pähle

STELLVERTRETER  
Christian Weinert  
Lukas Balsler

SCHATZMEISTER  
Wolf-Michael Groß

GESCHÄFTSFÜHRER  
Stefan Will

## Inhaltsverzeichnis

Thesenpapier zur städtischen Kulturpolitik in Halle (Saale).....	3
Öffnung von Einbahnstraßen für Radfahrer im Altstadttring .....	6
Fahrradwege hinter Haltestellenbereiche verlegen.....	7
Radweg zwischen Halle-Nietleben und Halle-Dölau .....	8
Einkaufsmöglichkeiten für Halle-Dölau .....	9
Baldiger Bau einer Fußgänger/Radfahrerbrücke Eishalle/Peißnitz .....	10
Freiluft-Tanz-Veranstaltungen als Teil der halleschen Musikkultur .....	11
Lösung der Stadt-Umland-Problematik – Einführung einer Stadt-Umland-Umlage .....	12
Stärkung der Verantwortung der Kommunen im Bereich der Schulen .....	13
Leistungsorientierte Mittelvergabe.....	15
Ganztagsschulen in benachteiligten Quartieren .....	17
Programm „Bildung: elementar“ erweitern .....	18
Kinderschutz durch kontrollierte Vorsorge .....	19
Hochbauprojekte des Landes Sachsen-Anhalt evaluieren .....	20
Keine Ausweitung der Förderung landwirtschaftlicher Großbetriebe in Sachsen-Anhalt und der EU – Förderung der ökologischen Landwirtschaft.....	21
Resolution: Für ein klareres Profil der SPD im Bund .....	22
Mehr sozialpolitisches Engagement des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt auf der Bundesebene.....	25
Einrichtung und Zusammensetzung einer Findungskommission für eine/n SPD-Kandidatin/en zur Oberbürgermeisterwahl 2012.....	26
Satzungsänderung: Rederecht für SPD-Mitglieder .....	27
Satzungsänderung: Wahlen zum SPD-Landesvorstand.....	28

**BESCHLUSS: KOMMUNALES 01**  
**Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion; SPD-Stadtvorstand**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Thesenpapier zur städtischen Kulturpolitik in Halle (Saale)**

Die Bereiche Kultur, Kunst und Wissenschaft lassen sich als prägende Säulen der Universitätsstadt Halle (Saale) hervorheben. Mit Georg Friedrich Händel kann die Stadt auf einen weltberühmten Komponisten verweisen, dessen Werke auch heute international Anerkennung finden. Tragendes Beispiel dieser Würdigung sind die überregional wahrgenommenen Händelfestspiele und das Händelfestspielorchester. Aber auch das weit über Halle hinaus bekannte Puppentheater, das Angebote sowohl für Heranwachsende als auch für Erwachsene unterbreitet, gilt als Leuchtturm des kulturellen Angebots. Nicht zu vergessen das Thalia Theater, welches als Kinder- und Jugendtheater auch kulturelle Räume jenseits der gebundenen Spielstättenstruktur erschließt und dafür bereits mehrfach ausgezeichnet wurde.

Diese und weitere hochwertige kulturelle Angebote gilt es zu erhalten. Kultur darf jedoch nicht abgekoppelt von den strukturellen Veränderungen der Stadt Halle (Saale) betrachtet werden. Seit 1990 hat sich die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner um 90.000 auf rund 230.000 reduziert, die finanziellen Spielräume haben sich massiv eingengt. Die Finanzierung von Kultur wird zum Spagat zwischen dem Finanzierungsmerkmal einer „freiwilligen Leistung“ und dem kulturellen Anspruch auf ein ansprechendes Maß an Lebensqualität in einem Oberzentrum. Wir sind daher der Auffassung, bestimmte Leuchttürme betonen und die Ist-Situationen fortwährend prüfen zu müssen.

Dieser Aufgabe hat sich die SPD Halle (Saale) gestellt. Wir wollen dabei Prozesse anstoßen statt fertige Lösungen zu präsentieren. Dafür haben wir Kriterien zur Kulturpolitik entwickelt, die maßgeblich für alle öffentlichen und vorrangig kommunal finanzierten kulturellen Angebote Anwendung finden sollen. Als Grundlage für unsere Thesen haben wir eine Prioritätenliste aufgestellt, an der sich kommunale Kulturpolitik nach unserer Auffassung in Zukunft ausrichten soll:

#### ***Unsere Erwartungen an Kultur***

##### **(1) Kultur heißt Bildung**

Die Arbeit der Sprech- und Musiktheater aber auch der Museen, des Zoos, der bildenden Künste und weiterer kultureller Einrichtungen kann nur im Dialog zwischen Angebot und Nutzung erfolgen. Dabei soll es nicht vorrangig darum gehen, das Repertoire ausschließlich an der möglichen Nachfrage auszurichten. Entscheidend für uns ist die Einbindung der kulturellen Angebote in eine begleitende und intensive Bildungsnachfrage. Die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen muss stärker verzahnt werden. Die Finanzausstattung der kulturellen Einrichtungen soll sich stärker an der Existenz von funktionierenden Kooperationen zwischen kulturellen Einrichtungen und Trägern mit Bildungsauftrag sowie existierenden pädagogischen Angeboten innerhalb der Einrichtungen orientieren.

## **(2) Kultur heißt Pflege von Traditionen**

Kulturelle Angebote in der Stadt dienen der Bewahrung kultureller Errungenschaften und der Pflege von Traditionen. Hierbei sollen, ja müssen sie im öffentlichen Raum bildend aber gleichzeitig auch unterhaltend eine wirkungsvolle Alternative zu privaten Unterhaltungsangeboten darstellen. Dass diese Angebote die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erreichen, soll eine weitere Priorität darstellen.

## **(3) Kultur heißt Image und Identitätsstiftung für Halle**

Schließlich haben sich vorhandene kulturelle Angebote als sogenannte weiche Standortfaktoren etabliert, die Menschen und Unternehmen in unsere Stadt locken und ein akzeptables Maß an Lebensqualität garantieren. Vor Ort sorgt Kultur so für soziale Kontakte und Identifikation mit der Stadt und ist daher unverzichtbarer Bestandteil der Kommune. Einzelne Leuchtturmangebote sollen auch überregional vermarktet werden und das Image der Universitätsstadt nach außen aber auch nach innen pflegen und positiv beeinflussen. Dies stellt für uns die dritte Priorität dar.

## ***Unsere Thesen für die Kultur in Halle (Saale)***

- Die Zuweisung kommunaler Mittel an die städtisch finanzierten Kultureinrichtungen ist stärker an vorhandenen Maßnahmen kultureller Bildung auszurichten. In diesem Zusammenhang soll insbesondere die Theaterpädagogik und die Kooperation mit Kindertagesstätten und Schulen in der Theater, Oper und Orchester GmbH verstärkt werden.
- Über die Einrichtungen der Theater, Oper und Orchester GmbH hinaus gibt es in der Stadt weitere kulturelle Institutionen mit Bildungsauftrag: Das Konservatorium Georg Friedrich Händel, die Singschule und der Stadtsingechor machen sich um die musikalische Bildung insbesondere von Kindern und Jugendlichen verdient. Hinzu kommen Stadtbibliothek, Stadtmuseum, Halloren- und Salinemuseum und die Volkshochschule. Wir setzen uns für eine zentrale Koordinationsstelle der Stadt Halle (Saale) ein, in der alle kulturellen Angebote zusammenlaufen und die als Anlaufpunkt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt sowie als Kooperationspartner für Träger aus dem Bildungsbereich dient.
- Die Gründung der Theater, Oper und Orchester GmbH war nicht unumstritten. Die Bündelung der Ressourcen im Verwaltungsbereich, bei gleichzeitiger und weitgehender Bewahrung der künstlerischen Eigenständigkeit der Häuser, ist jedoch unter Berücksichtigung der finanziellen Situation alternativlos. Den begonnenen Weg wollen wir fortsetzen.
- Im Bereich der Theater, Oper und Orchester GmbH ist die künstlerische Eigenständigkeit der Sparten Musiktheater, Orchester, Sprech- und Puppentheater sowie Kinder- und Jugendtheater zu erhalten. Perspektivisch ist eine Integration des Thalia Theaters in die Kulturinsel, analog zum Vorbild Puppentheater, anzustreben. Ein künstlerisches Ensemble für die Sparte „Kinder- und Jugendtheater“ soll dabei erhalten bleiben.
- Die Oper Halle wird zur Wahrung der Angebotsvielfalt der Theater, Oper und Orchester GmbH mittelfristig mit anteilmäßig weniger Zuschüssen auskommen müssen. Eine Aufrechterhaltung des derzeitigen Angebotsumfangs erscheint bei konstanten Kostensteigerungen nicht finanzierbar.
- Die beiden städtisch finanzierten Museen, das Halloren- und Salinemuseum sowie das Stadtmuseum, brauchen eine klare und aufeinander abgestimmte Konzeption. Der Museumspädagogik ist dabei ein besonderer Schwerpunkt zu widmen.

- Kultur darf in Halle (Saale) nicht nur auf dem Papier ein wesentlicher Bestandteil der Identität der Stadt sein, sondern muss das Stadtbild auch wahrnehmbar prägen, auf sich aufmerksam machen. Hierzu gilt es kreative Konzepte zu entwickeln. Um den Zugang zur Kultur zu vereinfachen, gilt es intensiver auf die Bevölkerung zuzugehen. Eine Einbeziehung bestehender Stadtteilzentren und Stadtteilfeste könnte hierbei zu Synergieeffekten zwischen kulturellen und sozialen Strukturen führen.
- Erhöhungen der Besucherpreise werden auch in Zukunft nicht zu vermeiden sein. Wie in der Vergangenheit sollen diese aber moderat ausfallen. Dabei ist eine weiterhin soziale Preisgestaltung geboten.
- Die Händelfestspiele, die Staatskapelle mit dem Händelfestspielorchester, das Puppentheater und das Kinder- und Jugendtheater sollen als Leuchttürme der halleschen Kulturlandschaft darin unterstützt werden, als Kulturbotschafter an der Imagepflege der Stadt effektiv mitwirken zu können.
- Eine Prüfung der tatsächlichen Nutzung der überwiegend kommunal finanzierten halleschen Kultureinrichtungen durch Einwohnerinnen und Einwohner des Umlandes ist anzustreben um darauf aufbauend stärker für die Unterstützung der halleschen Kulturlandschaft durch benachbarte Kommunen werben zu können.

**BESCHLUSS: KOMMUNALES 02**  
**Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Öffnung von Einbahnstraßen für Radfahrer im Altstadttring**

Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass weniger frequentierte Einbahnstraßen im Altstadtkern für den Radverkehr geöffnet werden.

#### **Begründung:**

Der Radverkehr innerhalb der Stadt Halle (Saale) wächst. Im Jahr 2008 betrug der Radverkehrsanteil am Gesamtverkehr 14,0 Prozent und ist damit gegenüber dem Jahr 2003 um fünf Prozent gestiegen. Gerade innerhalb des Altstadtkerns hat der Radverkehr zugenommen. Zahlreiche Anliegerstraßen wurden aber zu Einbahnstraßen umgewidmet. Eine vor Jahren begonnene Öffnung von Einbahnstraßen für den beidseitigen Radverkehr (z. B. Große Ulrichstraße, Kleine Ulrichstraße, Emil-Abderhalden-Straße) ist aber ins Stocken gekommen. Im Ergebnis sind zahlreiche Nebenstraßen innerhalb des Altstadtkerns für den Radverkehr unattraktiv.

So sind beispielsweise die Straßen um den Universitätscampus nicht geöffnet und reduzieren die Attraktivität des Radverkehrs (Barfüßerstraße, Spiegelstraße, Schulstraße, Universitätsplatz). Darüber hinaus könnte durch eine beidseitige Befahrbarkeit der Einbahnstraßen für Radfahrer ein Teil des Radverkehrs von Routen abgezogen werden, auf denen sich Straßenbahnverkehr und Radfahrer eine Fahrbahntrasse teilen (z. B. Große Ulrichstraße).

**BESCHLUSS: KOMMUNALES 03**  
**Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Fahrradwege hinter Haltestellenbereiche verlegen**

Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Fahrradwege im Bereich der Straßenbahnhaltestellen bei grundhaften Straßenausbaumaßnahmen hinter die Wartebereiche verlegt werden. Darüber hinaus soll bei werterhaltenden Maßnahmen am Bestandsstraßennetz geprüft werden, inwiefern durch einfache bauliche Veränderungen (etwa durch Neuführung der Begrenzungstreifen zwischen Fußgänger- und Radfahrerbereich) eine Neuführung der Radstreifen möglich ist.

#### **Begründung**

Der Radverkehr innerhalb der Stadt Halle (Saale) wächst. Im Jahr 2008 betrug der Radverkehrsanteil am Gesamtverkehr 14,0 Prozent und ist damit gegenüber dem Jahr 2003 um fünf Prozent gestiegen. Sowohl innerhalb des Altstadtkerns als auch auf den stadtteilverbindenden Fahrradrouten ist das Aufkommen an Radfahrern gestiegen.

Gerade auf den Fahrradrouten aus den Stadtteilen in den Altstadtkern führen zahlreiche Radwege parallel zum Fahrweg der Straßenbahn. Um Konfliktbegegnungen zwischen Fußgängern und Radfahrern zu reduzieren, sollte bei künftigen Bauvorhaben darauf geachtet werden, die Radwege im Bereich der Haltestellen hinter die Wartebereiche zu verlegen, soweit die baulichen Voraussetzungen dies zulassen. Damit kann der Radverkehr innerhalb der Stadt Halle (Saale) beschleunigt werden. Darüber hinaus können Radfahrer und wartende Fußgänger getrennt werden. Häufig blockieren wartende Fußgänger die Radwege bzw. fühlen sich durch Radverkehr verunsichert.

Bei einigen vergangenen Bauvorhaben wurde diese Trennung bereits praktiziert. Beispiele finden sich an der Haltestelle Zoo (stadteinwärts) sowie der Haltestelle Lutherstraße (stadtauswärts). Bei beiden Beispielen wird die Fahrradspur im Bereich der Haltestellen hinter die Wartebereich geführt.

Dem gegenüber werden bei aktuellen Bauvorhaben die Radwege wieder vor die Haltestellen verlegt, obwohl die baulichen Voraussetzungen eine andere Lösungen zugelassen hätten. Ein Negativbeispiel bildet die eben fertig gestellte Haltestelle Melanchthonstraße in der Beesener Straße, bei der sich die Situation für Radfahrer nach dem Umbau damit verschlechtert hat.

**BESCHLUSS: KOMMUNALES 04**  
**Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Radweg zwischen Halle-Nietleben und Halle-Dörlau**

Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert, sich für den Bau eines ausreichend beleuchteten Radweges zwischen den Stadtteilen Dörlau und Nietleben parallel zur Heidestraße/Salzmünder Straße einzusetzen.

#### **Begründung:**

Für Radfahrer und Fußgänger besteht auf der Heidestraße/Salzmünder Straße zwischen den Stadtteilen Nietleben und Dörlau aufgrund der hohen Kfz-Verkehrsdichte ein relativ hohes Gefährdungspotenzial; vgl. dazu die Antwort auf eine Anfrage des Stadtrates Gernot Töpfer aus dem Jahr 2009 (IV/2009/07959). Routen durch die Dörlauer Heide bedeuten Umwege und sind bei Nässe unpassierbar.

Die Verwaltung hat wegen des hohen und steigenden Bedarfs einer Radwegverbindung zwischen Dörlau und Halle-Neustadt Varianten untersuchen lassen. Das Ergebnis wurde am Runden Tisch Radverkehr vorgestellt. Die Variante mit einer Führung des Fuß- und Radweges unmittelbar westlich der Fahrbahn, auf gesamter Länge zwischen dem S-Bahnhof Nietleben und dem Heidebahnhof, wurde als am kostengünstigsten vorgestellt. Die Baukosten wurden mit etwa 300.000 Euro (bei Realisierung ohne Beleuchtung) beziffert.



**BESCHLUSS: KOMMUNALES 05**  
**Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Einkaufsmöglichkeiten für Halle-Dörlau**

Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Stadtverwaltung prüft, ob vorhandenes Baugelände durch die Stadtverwaltung Investoren zur Errichtung von Einkaufsmöglichkeiten im Stadtteil Halle-Dörlau angeboten werden kann. Die Stadtratsfraktion möge sich für die Ansiedlung von Einkaufsmöglichkeiten für Grundnahrungsmittel im Stadtteil Halle-Dörlau einsetzen.

#### **Begründung:**

In Halle-Dörlau wurden nach der Wende alle Einkaufsmöglichkeiten für Grundnahrungsmittel geschlossen. Lediglich für das Neubaugebiet "Am Sonnenhang" wurde durch einen Investor ein Ersatz in Form eines Supermarktes geschaffen. Es gibt keine vergleichbare Gemeinde in Sachsen-Anhalt, die nicht mindestens die dreifache Einkaufsfläche besitzt.

In Halle-Neustadt sind an der Ausfallstraße in Richtung Halle-Dörlau innerhalb von circa 300m fünf Discounter vorhanden (Hettstedter Str. - An der Magistrale). Der Anteil älterer Einwohner steigt in Dörlau und die Verkehrsverbindungen nach Neustadt werden reduziert. Dieses macht die Ansiedlung weiteren Einkaufsmöglichkeiten im Stadtteil nötig.

**BESCHLUSS: KOMMUNALES 06**  
**Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Baldiger Bau einer Fußgänger/Radfahrerbrücke Eishalle/Peißnitz**

Die SPD-Stadtratsfraktion wird gebeten, die Oberbürgermeisterin und die Stadtverwaltung Halle aufzufordern, alle Möglichkeiten zu nutzen, um den baldigen Wiederaufbau einer Brücke über die Wilde Saale hinter der Eissporthalle zur Peißnitz zu ermöglichen.

#### **Begründung:**

Die Eissporthallenbrücke, die praktisch die von unseren Bürgerinnen und Bürgern meistgenutzte Brückenverbindung zwischen Halle-Neustadt und der Peißnitz war, musste im vergangenen Jahr abgerissen werden. Ursprünglich war nach dem inzwischen sicher überholten Peißnitz-Konzept an ihrer Stelle der Bau einer Brücke vorgesehen, die auch die Überfahrt für Autos ermöglichen sollte. Eine solch große Brücke ist aber in absehbarer Zeit nicht finanzierbar, zumal ihr Erfordernis ohnehin sehr fragwürdig ist.

Deshalb sollte der Wiederaufbau der Eishallenbrücke wieder als Fußweg-Radfahrerbrücke erfolgen. Für die Bürgerinnen und Bürger Halle-Neustadts, die gern die Peißnitz und die Ziegelwiese besuchen, ist diese Brücke aber auch eine wichtige Verbindung zu anderen Stadtteilen von Halle, östlich der Saale. Aber auch die „Althallenser“ nutzen natürlich diese wichtige Verbindung zur Eishalle, zum Heide-Süd-Park und nach Halle-Neustadt.

Der Stadtrat sollte die Verwaltung auffordern, kurzfristig Konzepte zu entwickeln, damit umgehend mit Planungen für eine neue Brücke begonnen werden kann und Wege zu ihrer Finanzierung gefunden werden. Dabei sollten auch Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung und die Unterstützung von Sponsoren einbezogen werden.

**BESCHLUSS: KOMMUNALES 07**  
**Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Freiluft-Tanz-Veranstaltungen als Teil der halleschen Musikkultur**

Der SPD-Stadtverband Halle (Saale) bekennt sich zur Veranstaltungsform der Freiluft-Tanz-Veranstaltungen als Teil der halleschen Musikkultur. Er fordert deshalb die SPD-Stadtratsfraktion auf, sich für die Etablierung derartiger Veranstaltungen (Bsp. Tanztage) in der halleschen Kulturszene als legale Alternative für in der Öffentlichkeit als „Spontanpartys“ bekannten unangemeldeten Feiern einzusetzen.

Die Möglichkeiten zur Umsetzung folgender Punkte gilt es dabei zu prüfen:

1. Im Gebiet der Stadt Halle (Saale) soll ein geeigneter Ort gesucht werden, der zur dauerhaften Nutzung für Musik-Tanz-Veranstaltungen unter freiem Himmel zur Verfügung gestellt werden kann.
2. Sofern ein solches Gelände gefunden wird, ist eine entsprechende Nutzungsordnung bzw. Sondernutzungssatzung zu erarbeiten und in den Stadtrat zur Beschlussfassung einzubringen. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob eine Anpassung betroffener Verordnungen notwendig ist.
3. Das Verfahren zur Beantragung von Veranstaltungsgenehmigungen auf dem ausgewählten Gelände soll möglichst einfach gestaltet werden.

#### **Begründung:**

In den letzten Monaten sind unangemeldete Tanz-Veranstaltungen auf öffentlichen Grünflächen, wie der Galgenbergschlucht oder den Pulverweiden, bekannt als „Spontanpartys“, durch zwangsweise Auflösung durch die Stadt bzw. die Polizei in die Schlagzeilen geraten. Unter den Kritikern heben sich besonders betroffene Anwohner, Naturschützer und Betreiber kommerzieller Diskotheken und Clubs hervor.

Diese Partys müssen auf Grund ihrer nicht rechtmäßigen Anmeldung aufgelöst werden. Sie haben in Halle jedoch eine langjährige Tradition. Besucher sind meistens junge Musikfans und Veranstaltungsorte sind Freiflächen mit Naturbezug. Der Großteil dieser Feiern stellt in erster Linie eine Plattform für junge Musiker dar, um ihrer künstlerischen Ausdrucksform, der Musik, Raum zu geben. Und auch für die Besucher stehen die Musik und das Tanzen im Mittelpunkt. Der ideelle Wert einer solchen Party besteht im Kern also aus der Förderung der Musik als Kunst- und Darstellungsform.

Als Kulturhauptstadt sollte Halle solchen nicht-kommerziellen Veranstaltungsformen offen gegenüber stehen. Deshalb ist es wichtig, auf die Veranstalter zuzugehen und die Partys nicht nur als Störenfriede im Bild der städtischen Ordnung zu begreifen. Die Freiluft-Tanz-Veranstaltungen sollten darum in einer rechtmäßigen neuen Form erhalten und gefördert werden.

Von Seiten der Stadtverwaltung haben bereits Gespräche mit Veranstaltern stattgefunden. Jetzt gilt es ein Zeichen von Seiten der Politik für die Musikkultur in Halle zu setzen. Dabei sollen natürlich die anderen Interessen, wie Natur- und Immissionsschutz, Berücksichtigung finden. Darum ist, sobald ein geeigneter Ort für eine Freilufttanzveranstaltung im Grünen gefunden ist, eine rechtliche und möglichst einfach anwendbare Grundlage unerlässlich.

**BESCHLUSS: LAND 01**  
**Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
SPD-Landtagsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Lösung der Stadt-Umland-Problematik – Einführung einer Stadt-Umland-Umlage**

Die Stadt-Umland-Problematik im Umkreis der beiden Oberzentren Halle und Magdeburg bedarf einer schnellen, konstruktiven und mehrheitsfähigen Lösung. Dazu sollen folgende Schritte erfolgen:

1. Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Landesminister werden aufgefordert, sich im Parlament und im Kabinett für die Verabschiedung eines Gesetzes zur Stadt-Umland-Umlage für die beiden Oberzentren Halle und Magdeburg einzusetzen. Ein solches Gesetz muss im Rahmen einer Gesetzesinitiative im Jahr 2012 verabschiedet werden und darf nicht bis zur Novelle des Finanzausgleichgesetzes 2013 hinausgeschoben werden.
2. Die Novelle des Finanzausgleichgesetzes muss eine aufgabenorientierte Finanzierung aller Kommunen zum Ziel haben.
3. Eingemeindungen in die Oberzentren sollen ggf. auf freiwilliger Basis erfolgen.

#### **Begründung:**

Die politische Diskussion um eine Lösung der Stadt-Umland-Problematik im Umkreis der Oberzentren Halle und Magdeburg hat eine lange Geschichte. Dabei ist unbestritten, dass die beiden Städte zahlreiche Aufgaben übernehmen und Einrichtungen vorhalten, von denen das nähere und weiter Umland profitiert. Eine Lösung dieser Problematik durch Eingemeindungen nach Halle und Magdeburg ist bisher an den entsprechenden Mehrheiten gescheitert. Eine Veränderung dieses Zustandes ist nicht absehbar. Als Folge ist die Situation in beiden Städten seit Jahren durch stetig wachsende Haushaltsdefizite trotz strengem Sparkurs geprägt. Wir müssen also über alternative Lösungen nachdenken.

Eine Alternative ist die Stadt-Umland-Umlage, die zudem eine große Schieflage in der Diskussion über die finanzielle Ausstattung der beiden Oberzentren beseitigt. In der Verteilungslogik des Finanzausgleichgesetzes (FAG) gibt es einen Verteilungskampf zwischen den kleinen „armen“ Kommunen und den großen „armen“ Kommunen. Die finanziell gut ausgestatteten Gemeinden sind von der Verteilung nicht betroffen, da sie keine oder nur geringe Zuweisungen nach dem FAG erhalten. Diese Gemeinden befinden sich zu einem erheblichen Teil in den Verflechtungsräumen um Halle und Magdeburg und sollten ihren Beitrag zur Finanzierung des Verflechtungsraumes leisten, ohne dass dies zu Lasten der anderen „armen“ Kommunen geht.

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass im Rahmen der Novellierung des FAG unter Zugrundelegung der verfassungsrechtlichen Überprüfung der Stadt-Umland-Umlage des Landes Mecklenburg-Vorpommern entschieden wird, durch welche Maßnahmen betroffene Oberzentren in Sachsen-Anhalt für ihren anerkannten Mehraufwand finanziell entlastet werden können. Das Landesverfassungsgericht wird die diesbezüglichen Verfassungsbeschwerden voraussichtlich noch 2011 entscheiden. Danach muss die Problematik so schnell wie möglich gelöst werden. Da die Landesregierung die Novellierung des FAG zwischenzeitlich von 2012 auf 2013 (Inkrafttreten ab 2014) verschoben hat, ist die vereinbarte Stadt-Umland-Umlage nach dem Modell des Landes Mecklenburg-Vorpommern durch eine „kleine“ FAG-Novelle bereits 2013 einzuführen. Das sollte zudem parallel zum Gesetzesbeschluss über das FAG 2012/2013 durch einen Entschließungsantrag abgesichert werden.

**BESCHLUSS:** LAND 02  
**Weiterleitung an:** SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Stärkung der Verantwortung der Kommunen im Bereich der Schulen**

Die SPD-Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für die Stärkung der Verantwortung der Kommunen im Bereich der Schulen einzusetzen. Die Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen im Bereich der Schulen müssen neu ausgehandelt und festgelegt werden.

Handlungsmöglichkeiten bestünden hierbei in der Ansiedlung der Schulaufsicht bei den Landkreisen und kreisfreien Städten, der Einführung von Mitspracherechten der Kommunen bei der Besetzung der Schulleiterstellen und dem Lehrpersonal (z. B. durch die Bildung von Besetzungskommissionen), der weiteren Stärkung der Eigenverantwortlichkeit/ Selbständigkeit der Einzelschulen (z. B. über erweiterte Budgetzuweisungen) und auch die verpflichtende Einbindung der Schulprogramme/-profile in kommunale Bildungsstrategien (z. B. mittels Abstimmungsprozessen im kommunalen [Bildungs-]Netzwerk).

Für die übertragenen Aufgaben muss das Land aber auch die erforderlichen Finanzmittel bereitstellen. Das Ziel ist, aus kommunaler Sicht einen Wandel von der „Sachaufwandsträgerschaft“ hin zu einer „Gestaltungsträgerschaft“ zu vollziehen.

#### **Begründung:**

Seit den Veröffentlichungen von Studien im Bildungsbereich (PISA, TIMSS, IGLU) steht das Thema Bildung auf der Spitze der politischen Agenda. An der Suche nach Lösungen und der Entwicklung von Maßnahmen, Konzepten etc. zur Verbesserung des Bildungserfolgs beteiligen sich zunehmend auch Kommunalpolitiker/innen. Sie fordern mehr Verantwortung für die quantitative und qualitative Entwicklung der Bildung in ihren Landkreisen, Städten und Gemeinden. Sie sehen nicht zuletzt deshalb erhöhten Handlungsbedarf, da die Kommunen auch den Großteil der Kosten gescheiterter Bildungs- und damit eng verbunden: Erwerbsarbeitsbiografien, tragen müssen, denn Bildung – ein zentrales Moment für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortlich geführtes (Erwerbsarbeits-)Leben – steht in direktem Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung. Da (formale, non-formale und informelle) Bildungsprozesse Schlüsselfaktoren für Stadtentwicklungsprozesse sind, reklamieren Kommunen zunehmend mehr Mitspracherechte in der Bildungspolitik – und damit in ihrer eigenen Angelegenheit!

Ein erfolgreiches Handeln im Kontext des veränderten Selbstverständnisses und Aufgabenspektrums der Kommunen in der Bildungspolitik setzt aber voraus, dass die traditionelle Trennung von inneren Schulangelegenheiten (Staat) und äußeren Schulangelegenheiten (Kommune) überwunden wird. Im Rahmen der „neuen Verantwortungsgemeinschaft für Bildung“ – bestehend aus Staat, Kommune, Bürgerschaft und Einzelschule – gilt es, ein kommunales bildungspolitisches Gesamtkonzept zu erarbeiten, dass über die Schulentwicklungsplanung und damit über die Berechnung von Raumkapazitäten und Schulgebäuden hinausgeht.

Die Überwindung der Trennung ist notwendig, da nur die Kommunen in qualitativer Hinsicht die Kompetenzen dazu besitzen, die administrative Ebene (Institutionen wie Schule, Kitas etc.) mit der zivilgesellschaftlichen Ebene (Unterstützungssysteme wie die Jugendhilfe, bürgerschaftliches

Engagement etc.) bedarfsgerecht zu verknüpfen und zu organisieren. Der kommunalen Ebene kommt die zentrale Steuerungsfunktion zu, das bisher statische in ein aushandelndes und kooperierendes Vorgehen im Bildungsbereich umzuändern. Die hierfür notwendige Vernetzung – der Voraussetzung für die Verbesserung der Bildungssituation – kann nur die Kommune, als neutrale Instanz, leisten. Nur auf der kommunalen Ebene kann die bedarfsgerechte Nutzung zivilgesellschaftlicher Potenziale für (schulische) Bildungsprozesse und die Weiterentwicklung ortsbezogener Ansätze (place-based approach) schulischen Lernens in Kooperation mit außerschulischen Lernorten/-gelegenheiten gewährleistet werden.

Die Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen hat aber unter Beachtung der landesverfassungsrechtlichen Konnexitätsprinzipien zu erfolgen. Die Wahrung des Konnexitätsprinzips kann als *conditio sine qua non* für eine stärkere kommunale Verantwortung für und in Schulen angesehen werden.

**BESCHLUSS:** LAND 03  
**Weiterleitung an:** SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Leistungsorientierte Mittelvergabe**

Für die Leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) für die Hochschulen in Sachsen-Anhalt sollen auf Basis der folgenden Punkte Umsteuerungsmaßnahmen eingeleitet werden:

1. Ein Schritt nach dem anderen: Bevor immer stärker auf die LOM umgestellt wird, brauchen die Hochschulen eine angemessene Anschubfinanzierung: Sachsen-Anhalts Hochschulen müssen aufgaben-angemessen ausfinanziert werden.
2. Qualität und Quantität: Die Kriterien für die LOM müssen deutlich angepasst werden. Dabei soll Qualität und nicht nur Quantität im Mittelpunkt stehen: vor allem Qualität und nicht nur Anzahl der Abschlüsse, Qualität und nicht nur Anzahl der Promotionen, Qualität und nicht nur Anzahl der Veröffentlichungen.
3. Differenziertheit statt Gleichmacherei: Die Leistungskriterien der LOM bedürfen einer fachspezifischen Anpassung: Die besonderen Bedingungen vor allem im Unterschied zwischen den Fächern der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften einerseits und denen der Naturwissenschaften andererseits sowie zwischen den Hochschulen mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten müssen akzeptiert werden. Reale Qualitätsmerkmale sind herauszuarbeiten und in den Leistungskatalog mit einzubeziehen.

### **Begründung:**

Die Universitäten stehen ständig im Wettbewerb: Welche kann die meisten Drittmittel einwerben, hat die meisten Sonderforschungsbereiche, bekommt die meisten Preise, meldet die meisten Patente an, steht im Ranking ganz vorne, hat die meisten Frauen, Westdeutschen, Ausländer und Behinderten? Und schließlich: Welche Uni ist, auch im internationalen Vergleich, exzellent und hat damit wesentlich bessere finanzielle Voraussetzungen für die Zukunft, welche kann dies, trotz jahrelanger finanzieller Benachteiligung, noch werden und welche hat eigentlich gar keine Chance?

Zu welchem Zweck müssen sich Universitäten in diesen Wettbewerb begeben? Wo bleiben bei all der Vergleichswut der gemeinsame Wille zur Wissenschaft, der gemeinsame Weg zum besseren Verständnis der Welt, das gemeinsame Ziel junge Leute zu begeistern und nachhaltig auszubilden? Wo bleiben bei der ständigen Finanzierungsnot die Freiheit der Forschung und die Qualität der Lehre? Vielleicht wäre der ganze Wettbewerb ein Ansporn, würde die Forschung voranbringen und die Lehre verbessern. Es ist durchaus denkbar – jedoch nur, wenn die Vergleiche und Gleichmacherei beschränkt würden und die Finanzierung von Forschung und Lehre nicht an angesägten Ästen aufgehängt würde.

Beispiel Halle: Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten sehr gut entwickelt: fast 20.000 Studierende, internationale Graduiertenkollegs, Sonderforschungsbereiche, ein moderner Campus und vieles mehr. All dies ist auch eine Folge des Wettbewerbes zwischen den Universitäten. In der Vergangenheit war allerdings die



Grundfinanzierung durch das Land gesichert und Drittmittelinwerbung bildete zum größten Teil einen echten Mehrwert.

Doch nun scheint sich diese schnelle Auffahrt in einen rasanten Absturz zu wandeln: Das Land zahlte der Universität (bisher) Geld für 13.700 Studenten, Gelder aus dem Hochschulpakt werden jedoch erst ab ca. 18.700 Studenten verteilt. Ab 2011 sollen die Gelder des Landes nun ‚leistungsorientiert‘ vergeben werden. Das heißt 2011 bekommt die MLU vom Land nur 95% des Finanzvolumens von 2010, 2012 90%, 2013 85% und danach nur noch 80%. Den Rest des Geldes bekommt sie nur, wenn sie bestimmte Kriterien einhält. Dabei ist zu bemerken, dass die Universität auch 2010 schon mit über 6 Mio. Euro erheblich unterfinanziert war.

Die Kriterien der leistungsorientierten Mittelvergabe bestehen aus den Feldern (1) Lehre, Studium und Weiterbildung mit 50%, (2) Forschung mit 45% und (3) Gleichstellung mit 5%. Zum (1) ersten Bereich zählen die Studienanfänger im ersten Fachsemester, Studierende in der Regelstudienzeit, wobei hier zu erwähnen bleibt, dass in vielen Fächern ein ordnungsgemäßes Studium in der Regelstudienzeit – trotz des Rechtes darauf! – wegen der Personalausstattung nicht möglich ist. Weiterhin spielt die absolute Absolventenzahl eine Rolle, nicht aber der Studiendurchschnitt, keinerlei ehrenamtliche Tätigkeiten, keine musikalischen, sportlichen oder andere Erfolge. Ein weiterer Aspekt umfasst unter anderem die Zahl der ausländischen Studierenden und die Anzahl der Weiterbildungen.

In der (2) Forschung sollen eingeworbene Drittmittel die größte Rolle spielen. Dass gerade jene Fächer aber Unterstützung bräuchten, die zu wenig Drittmittel einwerben konnten und können, geht dabei unter. Eine geringe Drittmittelinwerbung führt somit zu sinkenden Landesfinanzmitteln und diese zu weniger Forschung. Das jedoch führt zu noch weniger Drittmitteln. Ein Teufelskreis. Insgesamt zählen nur Zahlen: die Anzahl der Promotionen, Habilitationen und Juniorprofessuren, sowie in puncto (3) Gleichstellung die Anzahl der Studentinnen, wissenschaftlich-künstlerischen Mitarbeiterinnen und Professorinnen.

Einige Folgen der in dieses Gewand der Leistungsorientierung gekleideten Kürzungsabsicht sind jetzt schon auszumachen: Studium in Riesengruppen, kürzere Bibliotheksöffnungszeiten knapper werdenden Lesesaalplätzen, fehlende Fachliteratur. Bei der Forschung wird mehr und mehr nach dem Zweck und der Anwendung gefragt, Schwerpunktforschung findet vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich statt, da Firmen diese direkt nutzen und kofinanzieren können. Wer braucht schon Geisteswissenschaftler? Künstler? Musiker? Erfolgreiche Forschung betreibt ohnehin nur noch derjenige, der die meisten Artikel unabhängig von deren Qualität produziert.

Quantität statt Qualität scheint sowohl in der Forschung wie auch in der Ausbildung die neue Devise zu sein. Damit ist in der internationalen Forschung und im ständigen Bildungswettbewerb der Nationen aber – um ein geflügeltes Wort zu bedienen – kein Blumentopf zu gewinnen. Ein Umsteuern ist deshalb erforderlich.



**BESCHLUSS:** LAND 04  
**Weiterleitung an:** SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Ganztagsschulen in benachteiligten Quartieren**

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, bei dem im Koalitionsvertrag festgelegten deutlichen Ausbau von Ganztagsschulangeboten und der qualitativen Weiterentwicklung dieser ein besonderes Augenmerk auf die Etablierung gebundener Ganztagsschulen in benachteiligten Quartieren zu legen.

#### **Begründung:**

„Benachteiligte Quartiere“ sind solche, die eine hohe Konzentration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen und sozialen Problemlagen sowie (städte-) bauliche Defizite vorweisen. Zudem können die folgenden quantitativen Faktoren die Entstehung und das Wachstum benachteiligter Quartiere forcieren: eine überdurchschnittlich hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen (z.B. nach SGB II), ein niedriges Bildungsniveau, eine geringe Wirtschafts- und Kaufkraft, das Voranschreiten von Deindustrialisierungs- und damit verbunden: Transformationsprozessen in der Stadt(teil)gesellschaft, starke Migrationsbewegungen oder auch eine unterdurchschnittlich entwickelte kulturelle und soziale Infrastruktur.

Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und das Bildungsniveau zu steigern bieten derzeit viele Vereine in ihren Räumlichkeiten verschiedene, wichtige Angebote an. Doch Hausaufgabenhilfe, Bewerbungstraining und Sozialarbeit verfehlen nicht selten ihr Ziel, da die Zielgruppe aufgrund verschiedener Barrieren oft nicht den Weg zu den Angeboten findet. Besonders verstärkt tritt dieses Problem in ländlichen Gebieten auf.

In gebundenen Ganztagsschulen besteht die Möglichkeit, durch die Kooperation mit Vereinen ebenjene Barrieren abzuschwächen und die Angebote zu effektivieren. Doch das sind längst nicht die einzigen Vorteile von Ganztagsschulen in benachteiligten Quartieren. Ihnen wird aufgrund ihrer Spezifika (Möglichkeit der Rhythmisierung, Aufbau stabiler Gruppenkonstellationen, größere personelle Kontinuität, systematischere und effektivere Kooperationsformen etc.) außerdem attestiert, dass sie über die Verknüpfung formaler, non-formaler und informeller Bildungs- und Lernprozesse in Kooperation mit inner- und vor allem auch anderen außerschulischen Kooperationspartnern (z.B. Schulsozialarbeitern, pädagogischen Mitarbeitern, Kinder- und Jugendhilfe, Eltern) einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen stärker zu fördern sowie die sozialen Problemlagen sowohl in der Herkunftsfamilie als auch im Quartier abzumildern – und so das Ziel der Bildungsgerechtigkeit ein Stückweit Wirklichkeit werden zu lassen. Voraussetzungen hierfür sind die Entwicklung eines fundierten und qualitativ hochwertigen Ganztagsschulkonzeptes in Zusammenarbeit von Schulleitung, Lehrern, Eltern, Schülern und Kooperationspartnern sowie die Bereitstellung der notwendigen strukturellen sowie personellen Ressourcen und Rahmenbedingungen für Umsetzung des Konzeptes durch Land und Kommunen.

**BESCHLUSS:** LAND 05  
**Weiterleitung an:** SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Programm „Bildung: elementar“ erweitern**

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, das erfolgreiche Programm „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ um zentrale Fragestellungen der Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Akzeptanz jeder Form der sexuellen Orientierung zu erweitern. Dazu soll ein neuer Bildungsbereich aufgenommen werden, der die Gleichstellung von Frau und Mann sowie das Thema Homosexualität als Normalität aufgreift.

#### **Begründung:**

Das Programm „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ ist Orientierungsrahmen und Anregung für die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten des Landes Sachsen-Anhalt. Das Projekt versteht Horte, Krippen und Kindertagesstätten als Orte des Lernens und der Bildung, in denen das lebenslange Lernen seinen Anfang nimmt. Mithilfe des Programms sollen Kinder in ihrer Entwicklung gestärkt und im Handeln gefestigt werden. Das Programm enthält dabei sechs Bildungsbereiche, die in das Programm aufgenommen wurden und in den einleitenden Texten explizit als nicht abschließend benannt werden. Neben den Themenbereichen Körper, Bewegung und Gesundheit, Kommunikation, Sprache(n) und Schriftkultur gehören dazu auch (Inter)kulturelle und soziale Grunderfahrungen, Ästhetik und Kreativität, Mathematische Grunderfahrungen sowie Welterkundung.

Im Kapitel „Diversität und Integration“ wird vorrangig darauf abgestellt, dass Kinder unterschiedliche Erfahrungen in ihrem sozialen und kulturellen Umfeld erleben. Die soziale Absicherung im Elternhaus wird dabei ebenso thematisiert, wie Migrationserfahrungen von Kindern und Eltern. Fragen der Gleichberechtigung von Frau und Mann sowie die Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Eltern als Normalität fehlen im Programm bislang.

Kinder sind verschieden, haben unterschiedliche Interessen und wollen ihre Umwelt in der Kindertagesstätte nach ihren „persönlichen Vorbildern“ erleben. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen. Dennoch darf dabei der Aspekt der gesellschaftlichen Anerkennung von Normen und Werten nicht verloren gehen. Mädchen und Jungen sollen ihre unterschiedlichen Interessen verwirklichen, im Ergebnis jedoch auch verstehen, dass Frau und Mann gleichberechtigt sind. Hierzu gehört auch, zu erkennen, dass manche Kinder eben Eltern desselben Geschlechts haben. Wird Kindern dies bereits frühzeitig als Normalität vermittelt, entstehen keine Ressentiments im späteren Alter. Die Erweiterung zielt damit auf eine stärkere Betonung der Akzeptanz und Anerkennung von gesellschaftlichen Normen und Werten ab und verfolgt nicht die Idee einer sexuellen Frühaufklärung!

**BESCHLUSS:** LAND 06  
**Weiterleitung an:** SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Kinderschutz durch kontrollierte Vorsorge**

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, dass im Rahmen einer Überarbeitung des Kinderschutzgesetzes für jedes Kind in Sachsen-Anhalt eine verpflichtende Teilnahme an den kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen sichergestellt wird. Dazu muss ein datenschutzrechtlich akzeptables Kontrollinstrumentarium eingeführt werden, das Eltern, die diese Untersuchungen nicht wahrnehmen, erneut dazu auffordert. Sollten sie dieses Angebot weiterhin ablehnen, muss eine Kontrolle durch das Jugendamt erfolgen.

#### **Begründung:**

In Rahmen der kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen der Vorschulkinder wird die körperliche, geistige und soziale Entwicklung der Kinder begutachtet. Drohende Defizite können festgestellt und Hilfen angeboten werden. Neben der körperlichen Gesundheit können insbesondere soziale Defizite, Vernachlässigung oder auch Verwahrlosung der Kinder entdeckt werden. Es ist bereits anderen Bundesländern gelungen eine systematische Kontrolle dieser Untersuchungen zu organisieren, dies sollten wir in Sachsen-Anhalt ebenfalls anstreben.

**BESCHLUSS:** LAND 07  
**Weiterleitung an:** SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
SPD-Landtagsfraktion; Minister der Finanzen

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Hochbauprojekte des Landes Sachsen-Anhalt evaluieren**

Das zuständige Landesministerium soll bisherige und laufende Hochbauprojekte in Verantwortung des Landesbetrieb Bau des Landes Sachsen-Anhalt daraufhin evaluieren, ob sie dem Anspruch der „Nachhaltigkeit“ gerecht werden. Zu prüfen sind unter anderem die Qualität der Bauten, insbesondere auftretende Mängel nach der Bauabnahme, sowie die Effizienz der Abläufe während der Bauphase und die Möglichkeit der tatsächlichen Erreichung der geplanten Betriebs- und Instandhaltungskosten.

#### **Begründung:**

In letzter Zeit sind Hochbauprojekte des Landes Sachsen-Anhalt, die in Regie des Landesbetrieb Bau durchgeführt wurden, vermehrt in die Kritik geraten. Vor allem Baumängel werden dabei angeführt. Da das Geistes- und Sozialwissenschaftliche Zentrum in Halle von Anfang an knapp kalkuliert und die Kosten gedeckelt wurden, sind hier mittelfristig ebenfalls Probleme zu befürchten.

Probleme mit Hochbauten in Regie des Landes Sachsen-Anhalt stellen nicht nur ein Image-Problem dar und verzögern den Betriebsablauf in den betroffenen Einrichtungen, sie bringen auch womöglich vermeidbare Folgekosten mit sich, die entweder bei den betroffenen Einrichtungen oder in der Landeskasse zu Buche schlagen. Aus diesen Gründen scheint eine Evaluierung der jüngsten sowie der noch laufenden Bauprojekte geboten.

**BESCHLUSS:** LAND 8  
**Weiterleitung an:** SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

**Keine Ausweitung der Förderung landwirtschaftlicher Großbetriebe  
in Sachsen-Anhalt und der EU – Förderung der ökologischen Landwirtschaft**

Die SPD-Landtagsfraktion sowie die SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Ansiedlung konventioneller landwirtschaftlicher Großbetriebe insbesondere auf dem Gebiet der Massentierhaltung nicht weiterhin nach nicht-wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu fördern und im Gegenzug die ökologische Nutztierhaltung stärker in den Fokus der Entwicklung ländlicher Strukturen zu rücken. Die einzelbetriebliche Investitionstierförderung für ökologische Nutztierbetriebe ist dabei besonders zu berücksichtigen und zu begrüßen. Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union ist die Förderung von Agrarprodukten konventioneller Art, sowie die geförderte Stilllegung von landwirtschaftlichen Produktionsflächen qualitativ und quantitativ zurückzufahren.

**Begründung:**

Die bisherige Praxis der Regierungen Sachsen-Anhalts, als Land mit einem relativ hohen Anteil an landwirtschaftlicher Produktionsfläche, konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleichermaßen zu fördern, führt in der Realität dazu, dass sich mehr und mehr konventionelle Großbetriebe ansiedeln und sich Sachsen-Anhalt zu einer Produktionsstätte landwirtschaftlicher Produkte entwickelt, die nicht mehr den Herausforderungen einer modernen und zukunftsweisenden Agrarindustrie entsprechen. Da ökologische Landwirtschaft fast ausschließlich zu höheren Kosten realisierbar ist, müssen die Voraussetzungen einer verstärkten Förderung der ökologischen Landwirtschaft zu Ungunsten der konventionellen Landwirtschaft geschaffen werden. Ein Übergangsschritt dazu ist, wie im Koalitionsvertrag der CDU/SPD in Sachsen-Anhalt festgestellt, die Gleichsetzung beider Produktionsformen. Hier gilt es anzusetzen und die Weichen für eine fortschrittliche ökologische, aber dennoch ökonomisch rentable Landwirtschaft zu stellen und dies politisch zu unterstützen. Ein weiterer, zu begrüßender Effekt der Reduktion von Subventionen der konventionellen Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus in der gesamten Europäischen Union (EU), ist dabei die Stärkung landwirtschaftlicher Produkte, die nicht aus der EU kommen auf dem Weltmarkt bzw. in den Binnenmärkten vor allem Afrikas und Südostasiens. Die Subventionspolitik der EU im Landwirtschaftssektor, welche einen Großteil der Beiträge der Einzelländer aufbraucht und somit nicht mehr für sinnvollere Investitionen zur Verfügung steht, schwächt nicht nur die Europäische Union und ihre Handlungsfähigkeit selbst, sondern auch den ökonomischen Fortschritt von Entwicklungsländern auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft und führt hier, in einem zweiten und dritten Schritt, zu hoch subventionierten und daher konkurrenzlos billigen Produkten aus dem EU-Wirtschaftsraum in Entwicklungsländern und daher zu einer Verarmung der dortigen Bevölkerung und der Ausbreitung von Hunger und seinen Folgeerscheinungen.

**BESCHLUSS:** ORGA/SPD 01  
**Weiterleitung an:** SPD-Bundesparteitag; SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Resolution: Für ein klareres Profil der SPD im Bund**

Das Desaster der schwarz-gelben Bundesregierung dauert auch am Beginn der zweiten Hälfte der Legislaturperiode an. Mangel an Visionen, Kopflösigkeit, fehlende Handlungsfähigkeit in entscheidenden Fragen und Auslieferung des Regierungshandelns an Lobbyinteressen prägen das Handeln dieser Regierung.

Die SPD hat dies in den letzten beiden Jahren zu Recht kritisiert. Kritik allein reicht aber nicht aus. Die SPD muss den Menschen in Deutschland klar sagen, wie sie unser Land weiter entwickeln und zentrale Probleme der Gesellschaft lösen will.

Die SPD muss sich stärker als bisher in den wichtigen Zukunftsfragen profilieren und ihre Positionen dazu klar herausarbeiten. Wir sehen hier vor allem fünf Punkte, für die Konzepte erarbeitet bzw. diese Konzepte überzeugend dargestellt werden müssen

#### **1. Schuldenabbau der öffentlichen Haushalte**

Die Schulden der öffentlichen Hände in Deutschland haben längst Höhen erreicht, die die öffentlichen Haushalte lähmen. Der bereits bestehende Schuldenberg von fast 2 Billionen Euro, dessen vollständige Abzahlung nach vorläufigen Prognosen die Kleinkinder von heute erst als Hochbetagte erleben werden, stellt eine ungeheure Einschränkung von Wohlstand, Sicherheit und Daseinsvorsorge der kommenden Generationen und einen der größten Tatbestände von Ungerechtigkeit in Deutschland dar.

Öffentliche Schulden werden, egal ob über Inflation, erhöhte Steuern und verringerte öffentliche Leistungen, vor allem von denen bezahlt, die kleine und mittlere Einkommen haben. Die Erträge bei Finanzgeschäften aber fließen letztlich Anteilseignern von Banken und Versicherungen, Großanlegern von Fonds und Inhabern großer Wertpapierdepots zu, ohne dass diese zum Schuldenabbau beizutragen.

Wie im Fall Griechenland zu sehen, machen öffentliche Schulden die Staaten erpressbar.

Die SPD steht im Bund und den Ländern seit Jahren für Schuldenabbau. Wir wollen, dass die Partei mehr als bisher deutlich macht, dass der Abbau der öffentlichen Schulden ein sozialdemokratisches und somit gerechtigkeitsförderndes Projekt ist. Es soll als ein Leitziel der SPD für die kommende Legislaturperiode des Bundestages definiert werden, den Bundeshaushalt dauerhaft auszugleichen und die Bundesschuld um einen signifikanten Betrag, in der Größenordnung 50 Mrd. Euro zurückzuführen. Eine deutlich stärkere Heranziehung großer Vermögen sowie von Vermögenseinkommen – unter anderem durch Einführung der Vermögenssteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes, Reform der Erbschaftssteuer sowie die Besteuerung von Finanztransaktionen – ist zur Sicherstellung der Finanzierung unseres Gemeinwesens, des Schuldenabbaus und für den sozialen Zusammenhalt dringend geboten. Langfristig ist über die Idee eines Lastenausgleichs nachzudenken.

## 2. Bürgerversicherung

Das Präsidium des SPD-Parteivorstandes hat am 11. April 2011 ein Konzept für eine Bürgerversicherung im Bereich der Finanzierung von Gesundheitsleistungen beschlossen. Seine Umsetzung würde Millionen lohnabhängig Beschäftigte in Deutschland entlasten und die Finanzierung der Krankenkassen stabilisieren. Das reicht aber nicht aus. Wir brauchen ein ähnliches Modell für die gesetzliche Rentenversicherung. Im Jahr 2011 wandte der Bund mit 80 Mrd. € ein Viertel seiner Gesamtausgaben für den Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung auf, die damit wiederum ein Drittel ihrer Gesamtausgaben finanziert. Wenn Steigerungen der Rentenbeiträge oder Leistungskürzungen der gesetzlichen Rentenversicherung in den kommenden Jahrzehnten vermieden werden sollen, muss die Rentenversicherung auf eine neue finanzielle Basis gestellt werden, die auch verpflichtend Selbständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete einbezieht. Fortschritt in Richtung Erwerbstätigenversicherung erfordert eine öffentliche Debatte, eine Analyse der Rechtsverhältnisse und die Ableitung politischer Aktivitäten.

Dabei sind auch Maßnahmen abzuleiten, mit denen man der gerade in den neuen Bundesländern drohenden großen Altersarmut, wegen der demografischen Entwicklung, der langjährig höheren Arbeitslosigkeit aufgrund des Strukturwandels und dem über 20% niedrigeren Lohnniveau, entgegenzutreten muss.

Die Bürgerversicherung muss Teil einer umfassenden Strategie zur Sicherung der Daseinsvorsorge sein, zu der auch eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Leistungen in diesem Bereich zählt.

## 3. Mindestlohn

Ein gesetzlicher Mindestlohn, der sichert, dass das Einkommen aus einem Vollerwerbsverhältnis zur Sicherung des Lebensunterhalts ausreicht ist nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, sondern auch eines wirtschaftlicher Vernunft.

Er gewährleistet die Grundsicherung der fundamentalen Lebensbedürfnisse der Arbeitnehmer und die Wahrung ihrer persönlichen Würde.

Ergänzende Sozialleistungen aus öffentlichen Mitteln an Familien, die trotz Vollzeitbeschäftigung der erwachsenen Familienmitglieder nicht über auskömmliche Einkommen verfügen, stellen einen Subventionstatbestand in der Größenordnung von bis zu zehn Mrd. € dar. Das Thema Mindestlohn muss unter den zentralen Zielen der SPD für die kommende Legislaturperiode einen wichtigen Platz haben.

Unter Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten sollte der gesetzliche Mindestlohn nicht weniger als 8.50 Euro/Stunde betragen. Die Einführung von Mindestlöhnen soll nach den Vorschlägen einer Mindestlohnkommission nach britischem Vorbild erfolgen. In diese sind paritätisch die Tarifparteien und die Wissenschaft Vertretende einzubinden. Eine solche Kommission müsste Befugnisse haben, die über die Möglichkeiten des seit 2009 bestehenden ständigen Hauptausschusses nach dem Gesetz über die Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen (Mindestarbeitsbedingungengesetz – MiArbG) hinausgehen. Ihr Ziel ist die Einführung eines allgemeinen Mindestlohnes und nicht bloß die Verregelung von Mindestarbeitsbedingungen in Branchen ohne Tarifabschlüsse.

Das skizzierte Verfahren gewährleistet eine transparent vermittelbare Höhe einzuführender Mindestlöhne, wahrt die Tarifautonomie und trägt nachweislich zur höheren Akzeptanz in allen politischen Lagern bei.



#### **4. Arbeit von Morgen**

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verhinderung von Fachkräftemangel, Innovationsschub für die Wirtschaft mittels Ausbaus von Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetzen:

Frank-Walter Steinmeier hat 2009 dazu Überlegungen vorgestellt, die aktueller denn je sind. Die von Steinmeier beschriebenen Handlungsoptionen müssen in einem griffigen Programm zusammengefasst werden. Dem überdurchschnittlichen Aufwuchs der Arbeitnehmerüberlassung, der für die Betroffenen häufig mit Lohneinbußen verbunden ist sowie der Ausweitung der Mini-Jobs werden wir entgegentreten. Es müssen Regelungen geschaffen werden, die die Leiharbeit zeitlich stärker begrenzen und zurückdrängen.

Wir setzen uns in allen Branchen dafür ein, dass gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Die Menschen in Deutschland sollen lange vor dem Termin der nächsten Bundestagswahl wissen: Die Sozialdemokraten verfügen über eine klare Vorstellung, was zu tun ist, damit ein auf langfristige Ziele ausgerichtete Pfad erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung beschritten werden kann, der neue Märkte und Technologien nicht aus kurzfristigem Renditedenken anderen überlässt, damit auch die Träger des wirtschaftlichen Aufschwungs, die Arbeitnehmer, an der Entwicklung teilhaben können.

#### **5. Europa und seine gemeinsame Stärke**

Trotz vielfältiger Rettungspakete und immer neuer Lösungsversprechen der europäischen Staats- und Regierungschefs erleben wir, dass das Vertrauen der Märkte in die Handlungsfähigkeit der EU und damit in den Euro immer weiter sinkt. Neben dieser wirtschaftlichen Seite lässt sich aber auch eine starke Verunsicherung der Bevölkerung gegenüber der europäischen Einigung erkennen. Um weiteren Schaden von der Idee der europäischen Einigung abzuwenden, gilt es endlich Taten zu ergreifen: eine gemeinsame europäische Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist nicht nur anzustreben, sondern auch durchzusetzen. Denn nur ein einiges Europa stärkt auch Deutschland.



**BESCHLUSS:** ORGA/SPD 02  
**Weiterleitung an:** SPD-Landesvorstand; SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

**Mehr sozialpolitisches Engagement  
des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt auf der Bundesebene**

Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, sich stärker in die wichtigen bundespolitischen Themenstellungen unserer Partei einzubringen.

Auf der Basis des Grundsatzprogrammes unserer Partei sind insbesondere Aktivitäten zu ergreifen, welche die in einem vorsorgenden Sozialstaat erforderliche Sicherheit, soziale Teilhabe und gleiche Lebenschancen auch für die Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes gewährleisten.

Das betrifft insbesondere Initiativen für mehr soziale Gerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen, eine solidarische Steuer- und Finanzpolitik und notwendige Aktivitäten bei der nachhaltigen Finanzierung des Sozialstaates.

**Begründung:**

Teilhabe aller Menschen an der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Entwicklung ist das Ziel sozialdemokratischer Politik (Hamburger Programm 2007, S. 58).

Von diesem Ziel sind wir gerade in unserem Bundesland aber noch weit entfernt. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren immer weiter auseinander gegangen.

Bisher ist, außer bei der Forderung nach Mindestlöhnen, aber nicht zu erkennen, dass der SPD-Landesverband sich aktiv dieser Entwicklung entgegenstellt.

Zu Bundesparteitagen gab es dazu praktisch, bis auf lobenswerte Einzelaktivitäten eines Delegierten, keine Aktivitäten des Landesverbandes, weder durch eigene Anträge noch durch Diskussionsbeiträge.

Das muss sich ändern. Wer, wenn nicht die SPD, soll sich in unserem Land für soziale Fragen einsetzen.

**BESCHLUSS: ORGA/SPD 03**  
**Weiterleitung an: SPD-Stadtvorstand**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Einrichtung und Zusammensetzung einer Findungskommission für eine/n SPD-Kandidatin/en zur Oberbürgermeisterwahl 2012**

Dem SPD-Stadtvorstand wird empfohlen, eine Findungskommission nach folgenden Kriterien einzurichten, die eine/n SPD-Kandidat/in für die Oberbürgermeister/innen-Wahl 2012 suchen und vorschlagen soll.

Sollte der SPD-Stadtvorstand diese Funktion selbst wahrnehmen wollen bzw. bereits wahrnehmen, wird dem SPD-Stadtvorstand empfohlen, die folgenden Kriterien bei der Kandidat/innen-Suche zu berücksichtigen.

Die Findungskommission soll sich zusammensetzen aus:

- jeweils maximal zwei Vertretern der Ortsvereine. Diese werden von der Mitgliederversammlung der Ortsvereine gewählt.
- zwei Vertretern des Stadtvorstandes. Diese werden von den Mitgliedern des Stadtvorstandes gewählt.
- Die Findungskommission kann weitere, maximal fünf, sachkundige Personen aus dem gesellschaftlichen Leben zeitweise kooptieren. Die Kooptierung erfolgt durch Beschluss des Stadtvorstandes.

Arbeit der Findungskommission:

- Während des gesamten Findungsprozesses bewahren die Mitglieder der Findungskommission gegenüber der Öffentlichkeit absolutes Stillschweigen.
- Die Kandidatin/der Kandidat soll die Grundzüge sozialdemokratischer Politik vertreten, muss jedoch nicht zwingend Mitglied der SPD sein.
- Mitglieder der Findungskommission kommen als OB-Kandidaten grundsätzlich nicht in Frage.
- Nach Abschluss des Findungsprozesses werden dem Stadtparteitag ein oder mehrere Kandidaten zur Abstimmung vorgeschlagen.

#### **Begründung:**

Bisher gab es lediglich einen kleinen, vom Stadtvorstand beauftragten Personenkreis, der sich mit der Thematik befasst hat.

Über Kurs und Personal der Partei, auch für auch für solch wichtige öffentliche Ämter, sollten jedoch die Mitglieder mehr mitbestimmen können.

Die Einrichtung einer offiziellen Findungskommission sichert eine basisdemokratische und sachkundige Arbeit bei der Kandidatensuche.

Die Beteiligung der Ortsvereine bei der Suche nach geeigneten Kandidaten soll die Akzeptanz des Kandidaten bei den Parteimitgliedern erhöhen. Dies würde zu einem größeren Wahlkampfserfolg beitragen.

Es soll zudem erreicht werden, dass sich das demokratische Erscheinungsbild der Partei sowohl in der Öffentlichkeit, als auch unter den Mitgliedern wieder verbessert.

**BESCHLUSS:** ORGA/SPD 04  
**Weiterleitung an:** SPD-Landesparteitag

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Satzungsänderung: Rederecht für SPD-Mitglieder**

In der Satzung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt wird in §4 ‚Landesparteitag‘ ein neuer Absatz (6) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

*Rederecht haben grundsätzlich alle anwesenden Mitglieder des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt.*

Die folgenden Absätze von §4 sind entsprechend neu zu nummerieren.

#### **Begründung:**

Das Rederecht gehört neben dem Stimmrecht zu den wichtigsten Rechten der SPD-Mitglieder. Nun gibt es verschiedene Gründe, das Stimmrecht auf Parteitag auf die Delegierten zu beschränken, wie zum Beispiel die Notwendigkeit einer angemessenen Repräsentation aller Landesteile ungeachtet des Tagungsortes. Diese Gründe gelten allerdings nicht für Beschränkungen im Rederecht. Grundsätzlich sollten alle SPD-Mitglieder, die die Anreise zu einem Parteitag auf sich nehmen, dort auch ihre Meinung äußern dürfen. Dass Parteitage damit schwieriger zu händeln seien, da dann der redeberechtigte Personenkreis theoretisch bei über 4.000 liegt, ist eine unbegründete Furcht. Der letzte Mitgliederkonvent der SPD Sachsen-Anhalt in Halle zur Kür des Spitzenkandidaten zur Landtagswahl hat dies in der Praxis gezeigt. Darüber hinaus gibt es weiterhin die üblichen Möglichkeiten der Geschäftsordnung, Parteitage in geordnete Bahnen zu lenken.

Nimmt man die angestrebte Parteireform ernst, ist das Anliegen des Antrages eine Selbstverständlichkeit!

**BESCHLUSS:** ORGA/SPD 05  
**Weiterleitung an:** SPD-Landesparteitag

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Satzungsänderung: Wahlen zum SPD-Landesvorstand**

In der Satzung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt wird in §6 ‚Landesvorstand‘ ein neuer Absatz (3) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

*Im Landesvorstand sollten nicht mehr als drei Fünftel der gewählten Mitglieder Mandatsträger/innen oder Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion sowie Mitglieder der Landes- bzw. Bundesregierung sein. Mandatsträger/innen auf kommunaler Ebene sind hiervon ausgenommen.*

Die folgenden Absätze von §6 sind entsprechend neu zu nummerieren.

#### **Begründung:**

Die SPD Sachsen-Anhalt entwickelt sich mehr und mehr zu einer „Kader“-Partei. Der Landesvorstand besteht unter anderem aus neun Landtags- und zwei Bundestagsabgeordneten. Lediglich zwei Mitglieder betreiben Politik rein ehrenamtlich. Derzeit sind SPD-Landtagsfraktion und -Landesvorstand derart eng verflochten, dass sich Parteiarbeit und Fraktionsarbeit kaum mehr trennen lassen.

Natürlich lebt ein Landesverband und allem voran der Landesvorstand von der politischen Expertise und den zeitlichen Ressourcen der im Politikbetrieb Tätigen. Er lebt aber genauso sehr von der beruflichen und lebensweltlichen Expertise der Ehrenamtlichen. Hier gilt es ein größeres Gleichgewicht zu schaffen um beiden Perspektiven ausreichend Raum und Möglichkeiten der Mitbestimmung zu geben. Die 3/5-Regelung würde festlegen, dass beim derzeitigen Umfang des SPD-Landesvorstandes bei einer Wahl nicht mehr als zehn Landesvorstandsmitglieder vom politischen Geschäft auf Landes- und Bundesebene abhängig sein dürfen. Dies sollte ein ausreichendes Gleichgewicht ermöglichen.

Ein möglicher Einwand gegen eine solche Regelung wäre, dass es die Ehrenamtlichen auf Grund ihrer politikfernen beruflichen bzw. Ausbildungsverpflichtungen sehr schwer hätten, an der Arbeit des Landesvorstandes in ausreichendem Maße teilzunehmen, und dass sich so nur wenige rein Ehrenamtliche für die Landesvorstandsarbeit begeistern lassen würden. Dabei sei daran erinnert, dass ähnlich lautende Vorbehalte gegen die Frauenquote herrschen: So seien einfach nicht ausreichend motivierte Frauen da. Dem ist entgegenzuhalten, dass durch die Quote die Verpflichtung geschaffen wird, sich um mehr Frauen bzw. – in diesem Fall – Ehrenamtliche in den Führungsgremien der Partei zu bemühen. Dabei ist dann auch die Arbeit des Landesvorstandes an die Möglichkeiten der Ehrenamtlichen anzupassen.